

Thüringische Landeszeitung

JENA

Sonnabend, 6. Mai 2023 · F 03879

» Ein Titel der FUNKE Mediengruppe

Nummer 105 · 79. Jahrgang · Preis 2,50 €

Klare Kante

Die Neugier der Vermieter



Sibylle Göbel über die Folgen
der Wohnungsknappheit

Es ist ein paar Jahre her, dass ich diese Erfahrung selbst machen musste: Nach dem Hinweis, dass es zumindest zweifelhaft ist, von Mietinteressenten schon zur Wohnungsbesichtigung Unterlagen wie den Einkommensnachweis oder eine Schufa-Selbstauskunft zu verlangen, lachte mich der Makler aus. „Tja“, sagte er, „dann haben Sie leider schlechte Karten.“ Andere Wohnungssuchende hätten damit nämlich kein Problem, ließ er mich wissen – und einfach abtreten. Die Wohnung haben wir natürlich nicht bekommen.

Nur ein Beispiel dafür, wie die Wohnungsknappheit die Regeln dessen diktiert, was Mietinteressenten über sich preisgeben: Angesichts der Enge auf dem Wohnungsmarkt kapitulieren viele Wohnungssuchende vor der Dreistigkeit von Vermietern, die schon beim Erstkontakt umfangreichste Datensätze verlangen. Nun ist zwar nachvollziehbar, dass Vermieter sich vor möglichen Zahlungsausfällen durch den Mieter oder gar vor „Mietnomaden“ schützen wollen. Doch der – durch eine verfehlte Politik in vielen Bereichen – entstandene Wohnungsmangel darf nicht dazu führen, dass Mietinteressenten alles hinnehmen müssen. Wie es jetzt auch nicht die Lösung sein kann, ältere Menschen durch drastische Mietsteigerungen aus großen Wohnungen zu drängen, wo es doch an kleinen, bezahlbaren genauso fehlt. Wenn dem Treiben allzu neugieriger Vermieter nicht bald der Riegel vorgeschoben wird, können wir uns so etwas wie die Datenschutzgrundverordnung sparen.



Chameleon Walk spielt für Saga die Vorband

Für Axel Heyder erfüllt sich
ein beinahe vergessener Jugendtraum

Seite 10

MATTES LAUENSTEIN

Vermieter geht Kontostand nichts an

Thüringer Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse weist solche Forderungen zurück

Sibylle Göbel

Erfurt. Aus Sicht des Thüringer Datenschutzbeauftragten ist es „höchst fraglich“, ob Vermieter von potenziellen Mietern neben den üblichen Unterlagen die Kontoauszüge eines gesamten Monats verlangen dürfen. Bei der Entscheidung für einen Interessenten sei es zwar erforderlich, dass dieser einen Einkommensnachweis vorlegt – beispielsweise eine Lohn- oder Gehaltsabrechnung oder einen Einkommensteuerbescheid in Kopie. Dabei dürften aber jeweils nicht erforderliche Angaben geschwärzt werden. Die Vorlage der Kontoauszüge eines vollständigen Monats sei hingegen „auch im Hinblick auf den Nachweis des Einkommens nicht erforderlich“, betont Lutz Hasse.

Hintergrund seiner Feststellung ist die auf der Website eines Thüringer Vermieters aufgelistete Forderung, neben Unterlagen wie der Mieterselbstauskunft auch die voll-

ständigen Kontoauszüge eines Monats vorzulegen. Der Vermieter bewirtschaftet Wohnungen und Gewerberäume unter anderem in Weimar, Gotha und Hildburghausen.

Der Verband der Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, dem 221 Unternehmen mit einem Gesamtbestand von fast 264.000 Wohnungen angehören, teilt auf Anfrage mit, dass dieser Vermieter kein Verbandsmitglied sei und von keinem der Verbandsmitglieder ein solches Vorgehen bekannt sei.

Eine Sprecherin verweist zudem auf das Buch „Datenschutz in der Wohnungswirtschaft“. Danach sind bei der Entscheidung für einen Mietinteressenten die Vorlage von Nachweisen zu den Einkommensverhältnissen und das Einholen von Bonitätsauskünften (Schufa-Auskunft) vor Abschluss eines Mietvertrages zulässig. Nur im Fall eines negativen Eintrags sei bei der Schufa eine Auskunft für den zweitplatzierten Bewerber einzuholen.



Es ist höchst fraglich,
inwieweit von einer
Rechtmäßigkeit der
Erhebung solcher Daten
ausgegangen werden
kann.

Lutz Hasse,

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz

Dem Thüringer Datenschutzbeauftragten zufolge dürfen vor der Wohnungsbesichtigung allenfalls Angaben zur Identifikation erfragt

werden, um einen Besichtigungstermin zu organisieren. „Nach der Erklärung der Mietinteressenten, eine Wohnung anmieten zu wollen, dürfen Daten zum Familienstand und Angaben zu den im Haushalt lebenden Personen eingeholt werden“, sagt Hasse. Daneben seien die Frage nach einem noch nicht abgeschlossenen Verbraucherinsolvenzverfahren zulässig und Angaben zu Arbeitgeber, Beruf und Einkommensverhältnissen erforderlich. Erst wenn die Entscheidung für einen bestimmten Interessenten getroffen wurde, müsse dieser sein Einkommen nachweisen. Hasse kündigte an, sich mit dem Vermieter in Verbindung setzen zu wollen.

Verbraucherschützer weisen immer wieder darauf hin, dass personenbezogene Daten wie die Schufa-Auskunft keineswegs schon bei der Wohnungsbesichtigung vorzulegen sind. Eine solche Auskunft bereits bei dieser Gelegenheit zu verlangen, sei schlicht illegal. *Klare Kante*

Agrarminister fordern mehr Geld

Berlin. Die Länder haben vom Bund mehr Geld als die versprochenen eine Milliarde Euro für den Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland gefordert. Es fehle derzeit an der finanziellen Absicherung, sagte Sachsens Landwirtschaftsminister Wolfram Günther (Grüne) nach einer außerordentlichen Agrarministerkonferenz in Berlin. *dpa*

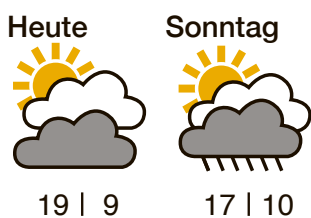
Drosten warnt vor Ausbreitung von Tropenkrankheiten

Berlin. Der Berliner Virologe Christian Drosten hat vor einer ernsthaften Tropenkrankheit hierzulande gewarnt. „In Deutschland breitet sich das West-Nil-Virus aus“, sagte er dieser Zeitung. „Die Zahl der Stechmücken, die das Virus mit sich tragen, scheint aktuell zu steigen. Sie kommen inzwischen in Berlin und in einem großen Teil von Ostdeutschland vor.“ Drosten machte deutlich, dass er die Entwicklung auch auf den Klimawandel zurückführt. Das West-Nil-Virus sei über Zugvögel aus tropischen Breiten eingeführt worden. „Man weiß, dass es inzwischen hier überwintert, wohl auch weil es nicht mehr kalt genug wird“, sagte der Leiter des Instituts für Virologie an der Berliner Charité. *fmg Seite 5*

Strompreis-Deckel „teuer und unfair“

Berlin. Ein Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen ist aus Sicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ökologisch und ökonomisch falsch. „Er ist teuer und unfair gegenüber nicht privilegierten Unternehmen und Haushalten“, sagte DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert dieser Zeitung. Die beste Strompreisbremse wäre der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien. *fmg Seite 4*

Wetter



TLZ Digital

Mehr Aktuelles im E-Paper und unter **tlz.de** im Abo kostenfrei enthalten. Einfach freischalten unter: **tlz.de/premium**

Leserservice

(03643) 558 100
tlz.de/leserservice



Ramelow für großzügiges Bleiberecht

Ministerpräsident will Abschiebedebatten bei Asylbewerbern beenden

Erfurt. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) schlägt eine großzügige Bleiberegulierung für Asylbewerber vor. Er spricht sich für eine pauschale Anerkennung aller nach 2014 angekommenen Schutzsuchenden aus, sofern diese mindestens drei Jahre in Deutschland gelebt haben, ohne negativ auffällig zu werden. So könne das Asylsystem entlastet werden, sagte er. „Dann könnten wir uns die ganze Bürokratie und die Abschiebedebatten sparen. Dann müssten wir auch keine Arbeitskräfte mehr anwerben“, sagt Ramelow mit Blick auf den Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt am 10. Mai. Der Linken-Politiker betont, dass der Bund Ländern und Kom-

munen helfen müsse bei den finanziellen Lasten. Insbesondere die hohe Zahl derer, die vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine geflohen sind, hat die Flüchtlingszahl im vergangenen Jahr in Deutschland stark ansteigen lassen.

Ablehnend melden sich die Oppositionsfractionen von CDU und AfD sowie die Gruppe der FDP zu Wort. Thomas Kemmerich (FDP) bezeichnet Ramelows Vorstoß als „Nebelkerzen-Politik“. Der AfD-Abgeordnete Stefan Möller wirft dem Regierungschef vor, „die Asylverwaltung auf Kosten der Bürger entlasten“ zu wollen. Unterstützung erhält Ramelow vom Koalitionspartner. Der migrationspoliti-

sche Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hartung, sagt, die Anerkennung sei die „logische Folge eines fast jahrzehntelangen ungescholtenen Aufenthaltes in Deutschland“. Er betont: „Es spricht nichts dagegen, Menschen mit Migrationshintergrund, die aus eigenen Kräften für ihren Unterhalt sorgen, anzuerkennen.“

Thüringens Migrationsbeauftragte Mirjam Kruppa hat Überlegungen der Bundesregierung für einen verschärften Kurs in der EU-Migrationspolitik scharf kritisiert. Zuvor hatte sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für Änderungen in der Flüchtlingspolitik ausgesprochen. *epd/dpa Seite 6*

Charles III. wird gekrönt



London. Die Welt blickt an diesem Sonnabend auf Großbritannien. Dort wird Charles III. zum König gekrönt und mit dieser

goldenen Kutsche fahren. Millionen Menschen vor Ort oder am Bildschirm sind dabei. *Seiten 3, 28, Sonderbeilage*